

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

54 (8.3.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparthei.

| | | |
|---|---|--|
| <p>Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, Nr. 325, durch den Briefträger ins & us gebracht, Nr. 327 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p> | <p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p> | <p>Anzeigen: Die sechswöchentliche Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p> |
| <p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p> | <p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Journalist: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wabli; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p> | <p>Verantwortlich für Anzeigen und Restamen: Hermann Bahler in Karlsruhe.</p> |

Obkircher Abbitte vor den Lehrern des Wahlbezirks Lörrach-Land. Nädel betreffend.

Am 6. Dezember 1908 hat Obkircher durch seine Lehrer Rede der politischen Welt Badens eine große Hebergründung bereitet. Seine Stellungnahme zum Fall Nädel stand im schärfsten Gegensatz zur Stellungnahme der sich. Presse, welche sich auch die parteiamtliche „Badische Landeszeitung“ zu eigen gemacht hatte. Er war übrigens so freundlich, dem übertragten Publikum das Verständnis seiner Stellungnahme zu erleichtern, daß er sagte:

„Man hat aus der Mahnung des Hauptlehrers Nädel eine bedeutende Rechtsdeutung des Regierungs-Tarifes feststellen wollen. Ich weiß nicht, wie man das verstehen will. Eine Rechtsdeutung des Regierungs-Tarifes könnte aber erfolgen, wenn sich aus die national-liberale Partei in ihrer Gesamtheit in dieser einen Mahnung gegen die Regierung stellen würde.“

Am 13. Dezember hielt er im engeren Ausschusse zu Karlsruhe eine zweite überraschende Rede, um die von Lehrern zu rechtfertigen. Mit der einen wie mit der anderen hat er bei weitem den meisten Lehrern schwereren Anstoß gegeben, ganz besonders mit der vom 13. Dezember. Diese letztere wurde in der „Straßburger Post“ gegen den Willen des Rediers veröffentlicht.

Die Nationalliberalen kamen ob der erregten Stimmung bei der Lehrerversammlung für Obkircher Wahlbezirk. Obkircher selbst teilte diese Befürchtung. Um der Gefahr vorzubeugen, wurde eine besondere Ansprache Obkirchers mit den Lehrern seines bisherigen Wahlbezirks Lörrach-Land veranstaltet, die am Abend des 13. Dezember stattfand. Wie dieselbe im Einzelnen verlief, läßt sich nicht feststellen. Aus Nachfragen in der öffentlichen Versammlung vom 14. Februar kann man indessen einigermaßen Nächtliche gesehn. Anscheinend wurde vereinbart, daß Obkircher in der öffentlichen Versammlung durch den einen und anderen Lehrer nach Extra-Anstoß bekommen sollte, über Lehrerfragen im allgemeinen und über die Nädel-Angelegenheit im besonderen zu sprechen.

Ein Lehrer sprach sich über den Fall Nädel aus, indem er u. a. sagte: „Der Fall Nädel hat im ganzen badischen Lande sehr viel Staub aufgewirbelt. Dadurch aber, daß sich unser Obkircher der Sache angenommen und zur Sache Stellung genommen hat, ist es eigentlich kein Fall Nädel mehr, es ist mehr ein Fall Obkircher geworden.“

Ich sage nun: dieser Fall Obkircher hat namentlich in unsern Lehrkreisen eine große Entlastung hervorgerufen. Verantwortlich ist uns soeben von unsern Herrn Kandidaten mitgeteilt worden, daß gar vieles, was wir gehört haben, auf Entstellungen und veränderten andern beruht.“

Unser Herr Kandidat hat sich über die Lehrerfrage in so eingehendem Maße vertriebt; er hat uns gesagt, daß er über die Sache der Volksschullehrer viel mehr weiß, als wir alle; und es dürfte deshalb eigentlich unnötig erscheinen, daß wir uns noch weiter zum Wort melden. Aber ich nehme an, es wird unsern Herrn Kandidaten auch nur recht sein, zu erfahren, wie die Stimmung seiner Wählerschaft bezüglich dieser angehängten Volksschullehrerfrage ist.“

Also: die „Entstellungen“. Es hätte sich nicht so viel Lehrer-Zorn gegen Obkircher angefangen, wenn das, was er gesprochen hat, nicht „entstellt“ worden wäre. Damit hat er offenbar auch in der Spezial-Ansprache mit den Lehrern operiert. Man hat diese Praxis schon vor Saltingen kennen zu lernen Gelegenheit bekommen.

Wer hätte nun in diesem Falle die „Entstellungen“ auf Kosten Obkirchers sich zu Schulden kommen lassen? Obkircher hat sich gebüht, einen Schulzigen namhaft zu machen und hatte dazu gute Gründe. Die Zuhörer haben natürlich an eine Rede der Gegnerschaft gedacht, wenn Obkircher von Entstellungen sprach. Und auf solche Gedanken hat er sie auch bringen wollen, sonst hätte er sich eines anderen Ausdruckes bedienen müssen, der sich ohnehin nahe gelegt hätte. Die Schuldigen wären in diesem Falle unter den nächsten Freunden Obkirchers zu suchen; sie sind bereits genannt: die parteiamtliche „Badische Landeszeitung“ und die „Straßburger Post“. Weder die eine noch die andere hat sich „Entstellungen“ zu Schulden kommen lassen. Dagegen hat Obkircher den Gläubigen an „Entstellungen“ sehr gut brauchen können.

Obkircher erzählt nun, was er zum Fall Nädel gesagt hat oder vielmehr gesagt haben möchte: natürlich gegenüber den Lehrern von Lörrach-Land, nicht etwa gegenüber dem Ministerium des Unterrichts wie gegenüber der Gesamt-Regierung. Was er gesagt haben will, ist nun aber etwas ganz anderes als was er gesagt hat. Eine Nebeneinanderstellung dessen, was Obkircher gesagt haben will und dessen, was er in Wirklichkeit gesagt hat, liefert einen sehr anschaulichen Beweis dafür.

Was Obkircher gesagt haben will. Stenographischer Wortlaut: „Der Fall Obkircher, der vorhin aus dem Fall Nädel gemacht worden ist, den könnte ich auch noch lange Zeit herabzeln, doch es ist schon großer Aufwand. Wenn ich heute ich vor der Lehrerversammlung Abbitte leisten? Es ist nicht meine Absicht, Abbitte zu leisten für etwas, was ich

gesehen habe. Ich glaube auch keinen Grund zu haben, Abbitte zu leisten. Denn das, was ich gesagt habe, findet Zustimmung in den weitesten Kreisen, ich glaube bei der Lehrerschaft selbst.“

Ich habe gesagt, ich halte das Auftreten des Hauptlehrers Nädel in jener deutschen Lehrerversammlung in Dortmund nicht für glücklich. Ich glaube, daß er dort sich verfehlt hat. Ich glaube, daß er dort einen schlechten Dienst damit erwiesen hat, daß er das Land zum Gegenstand des Gespötkes gemacht hat. Das wird jetzt auch ausgehen.“

Er hat dadurch gefehlt, daß er das Hauptthema daran, daß er bei der Kritik unserer Schulverhältnisse, die in sachlichen Punkten durchaus gerechtfertigt war, daß er unterlassen hat, hervorzuheben, daß im vorletzten Landtag eine Änderung des Schulgesetzes beschlossen worden ist, bei dessen Durchführung die größten Missetände, die wir beklagen, an der Schule beseitigt würden. Das hat er unterlassen zu sagen. Und wenn er das nicht unterlassen hätte zu sagen, wäre das Bild ein viel anderes geworden. Das hat Herr Nädel bei Gelegenheit der Untersuchung selbst zugegeben, daß seine Darstellungsgeweise geeignet war, ein falsches Bild zu zeigen. Wenn er das getan hätte in einer Versammlung innerhalb unseres Landes, so hätten wir alle gar kein weiteres Aufheben davon gemacht. Weil es in einer großen Versammlung der deutschen Lehrerschaft geschah, war es für unser Heimatland höchst unangenehm. Aus diesem Grund hat er Arbeit verdient.“

Was Obkircher in Wirklichkeit gesagt hat. „Bad. Landeszeitung“: 1. am 6. Dezember 1908:

Herr Nädel ist Hauptlehrer in Mannheim, durch das Vertrauen seiner Kollegen seit einer Reihe von Jahren an der Leitung der Lehrervereinigung, an der Vertretung der Lehrervereinigung in hervorragendem Maße. Er ist zweiter Vorstand des badischen Lehrervereins, er redigiert seit einer langen Reihe von Jahren die „Badische Schulzeitung“, ein Organ, welches neben der „Badischen Landeszeitung“ in einer anderen Weise die Lehr- und Schulfragen über schulische Dinge und über die in dieser Zeitung die nötigen Maßnahmen in richtiger Weise in die Wege geleitet worden sind. Nädel hätte sagen müssen, daß man in Baden selbst die Verhältnisse der Volksschule nicht günstig ansieht und daß man auf dem Wege ist, zu bessern. Es dürfte auch nicht verschwiegen werden, daß zwei Jahre vorher durch die neue Schulgesetzgebung vielversprechende Schritte getan waren und daß selbstverständlich in kurzer Frist von zwei Jahren es nicht möglich war, mit einem großen Sprung vorwärts zu kommen. Und diese Unterlassung muß ihm zur Schuld angerechnet werden.“

2. am 6. Dezember 1908.

„Aber auch die Art, wie Nädel in Dortmund gesprochen hat. Ich erinnere mich genau der ersten Zeitungsnotizen und erinnere mich noch sehr genau an den Eindruck, den die Rede auf mich und andere politische Freunde gemacht hat. Es war ein Gefühl der Bestürzung, ein Gefühl der Besorgnis, ein Gefühl der Sorge, daß ein badisches Landeskind, ein Angehöriger des badischen Volksschullehrerstandes es über sich gebracht hat, vor der ganzen deutschen Lehrerschaft und Vertretern des Auslandes in förmlich höhnischer und häßlicher Weise über badische Schulverhältnisse und badische Verhältnisse überhaupt zu sprechen. Bei jenen Erörterungen kam unsere badische Regierung und unsere Schulverwaltung schlecht weg. Es wurde in häßlicher und höhnischer Weise von der „badischen Musterregierung“ und von „badischen Musterländern“ geredet und an den betreffenden Stellen war in den Zeitungen Gelächter und Lachen verzeichnet. Dahin dürfte es aber nicht kommen, daß ein badisches Landeskind badische Zustände zum Gelächter anerkennend des badischen Landes machte.“

3. am 13. Dezember 1908: „Straßburger Post“.

Die Affäre selbst anlangend, hat Nädel auf der Dortmunder Versammlung eine Rede gehalten, die vom Standpunkt des Beamten zu belagern ist, weil sie in höhnischer Weise über die Schulverhältnisse des Landes sich äußert und den Anschein erweckt, als ob die Schulverhältnisse vergänglich wären und eine Besserung ausgeschlossen sei. Dabei hat Nädel gewußt, daß Landtag und Regierung die Zustände als verbesserungsbedürftig bezeichnet hatten und daß die Absicht nicht so rasch vor sich gehen könne. Es ist vom Standpunkt der vorgesetzten Behörde durchaus begründlich, daß sie gegen Nädel vorgegangen ist. Zu verwundern ist nur, daß Nädel Gegenüber geben sollte, in irgend einer Form sein Bedauern auszusprechen; das war eine Schwäche des Oberlehrers, mit der Nädel in der Folge gerechnet hat. Meine Meinung über den Fall vermag ich auch heute nicht zu ändern.“

Ob Obkircher mit besonderer Mühsit herbeigehoben hat, daß Nädel „seit einer langen Reihe von Jahren die „Neue Badische Schulzeitung“ redigiert, was ihm bekanntlich von der Oberstaatsbehörde verboten worden ist, läßt sich nicht feststellen. Auffallend ist es aber, da Obkircher von dem Verbot wissen muß.

Im übrigen können wir es ruhig dem Leser überlassen, die neben einander gestellten Zerte mit einander zu vergleichen, um die sehr große Verschiedenheit fest zu stellen. Nehmen wir an, Obkircher hätte sich in Wirklichkeit so ausgesprochen, wie er in Saltingen behauptete und irgend ein findiger Kopf hätte dann das daraus gemacht, was er tatsächlich gesagt hat, wie hätte er dann wohl die „Entstellung“ eingeleitet?

Deutscher Reichstag. (221. Sitzung.)

Hd. Berlin, 6. März 1909.
Beginn der Sitzung 2 Uhr.

Die Beratung des Postetats und die erste Lesung des Entwurfs einer Fernspreckgebühren-Ordnung werden fortgesetzt.
Abg. Zubeil (Sp.): Wie in Kiel auf der West-Unterschiedung vorgekommen sind, so muß diesen auch bei der Post durch die Art des Verlaufs von Material vorzuzug geleistet. Das Material an Metallen wird nur einem beschränkten Kreise von Metallanten angeboten und es bildet sich da, wie in Kiel, leicht ein Ring, der sich mit den betreffenden Beamten abfindet. So wird mir erzählt von Beträgen bis 150 Mk., die an Beamte ausgezahlt werden, die mit der Sache zu tun haben. Notwendig ist ferner, daß mehr Beamte eingestellt werden. Man muß die Werkstoffe verbessern. Während den Unterbeamten zu viel Dienst zugewendet wird, gibt ein Postdirektor in Berlin einem Assistenten wöchentlich drei Radmittage und einen Vormittag frei zu Gebets- und Predigtstunden. Zu beurteilen ist das Schicksal der Vertrauensleute, an die sich die Unterbeamten wenden müssen.

Abg. Ling (Sp.): Wenn ich mich zunächst der neuen Fernspreckordnung zuwende, so muß ich namens einer Winderheit meiner Fraktion und im Gegensatz zu dem ersten Redner der Fraktion erklären, daß mir dem Entwurf bedauerlicher Weise nicht zustimmen können. Infolge der Befürchtung, daß der gerade Ausgleich zwischen Stadt und Land einen etwas unangenehmen Beigeschmack haben werde, hat sich befürchtet. Die großen und die mittleren Städte werden offenbar zu hart betroffen gegenüber dem platten Lande. Redner bringt dann verschiedene Wünsche vor aus seinem Wahlkreise Oberfeld-Barmen.

Staatssekretär Kräfte: Ich sage wohlwollende Erwägung zu. Die Handwerker-Vereinigungen werden schon jetzt mit Lieferungen bedacht. Hoffentlich sei das fortan noch in größerem Umfange möglich. Ich habe erst im vergangenen Dezember eine entsprechende Verordnung an alle Oberpostdirektionen erlassen. (Beifall.) Telegraphenarbeiter-Ausschüsse sollen, soweit nur irgend möglich, eingerichtet werden. Herr Kampf hat billiger Postgebühren verlangt. Über lassen Sie die Sache erst sich einleihen, die Veränderungen vorgenommen werden. Die Resolution betreffend Postfreiheit der Posten bitte ich abzulehnen. Es ist kein Errückung dieser Privilegien nichts vorgeschlagen, was zu einer Änderung Anlaß gäbe. Die Parteien haben überdies bereits beschlossen, das Kräftig rufen zu lassen, insofern es sich um gewerbliche Korrespondenz aus der Sendung von Bild z. handelt.

Abg. Herzog (n. Vg.) bittet, den Beamten die ihnen etwa bevorstehende Beförderung freizustellen, was bekannt zu geben. Dabei, daß die neue Fernspreckgebühren-Ordnung im wesentlichen das Richtige treffe, sei er auch durch die gegenwärtigen Auslassungen des Abg. Ling nicht abgebracht worden.

Abg. Graf Oriola (natl.): Der Entwurf soll zwar einen gerechten Ausgleich zwischen plattem Land und Stadt, aber eine Bevorzugung der Landwirtschaft liegt darin nicht. So ist die 5 Kilometer-Zone für die Grundbesitzer zu niedrig getroffen. Es müßten zum wenigsten Bezirks-Sprechräte eingeführt werden. Weiter wünscht Redner, daß Postbauten zwar gesondert hergestellt würden, daß aber hierbei jeder Luxus vermieden werde.

Staatssekretär Kräfte: In Bayern hat man solche Bezirks-Sprechräte, wie Sie hier verlangt werden, aber man ist jetzt dabei, sie aufzugeben. Nun zu Herrn Zubeil. Dieser hat den Postdirektor wegen vom Postamt 68 beschuldigt, seine Beamten zu giftern. Ich protestiere dagegen. Herr Wegen ist ein wohlwollender Vorgesetzter.

Abg. Pauli-Bolsdam (konf.) erklärt, daß eine Winderheit in seiner Fraktion mit dem neuen Fernspreckgebühren-Entwurf nicht zufrieden sei.
Abg. Koppf (fr. Sp.) fragt an, ob im Wahlkreise Alzen-Weingen vom national-liberalen Wahlkomitee auf amtlichen Formularen amtliche Depeschen verschriftlicht worden sind, in denen zur Wahl des Zentrumskandidaten aufgefordert wurde.

Staatssekretär Kräfte: Ich kann darüber keine Auskunft geben. Er könne nur mitteilen, daß bloß der Absender und der Empfänger nach dem Geheiß Abschriften eines Telegramms gegen Erhaltung der Gebühren erhalten.

Abg. Hamacher (Ztr.) tritt für amtliche Unterschriften bei den einzelnen Direktionen ein, bringt eine Reihe Einzelwünsche vor und verlangt namentlich Offenlegung der geheimen Personalisten. Er empfiehlt eine diesbezügliche Resolution.

Abg. Gothein (fr. Sp.) erklärt, der Resolution zustimmen zu wollen. Wenn in Kiel Beamten unterjagt werde, in Stadtverordnungen einzutreten, so müsse verlangt werden, daß ohne Not den Beamten dazu die Genehmigung nicht verweigert wird. Auch die Frage des Oberpostdirektors in Kiel, ob die Unterbeamten gewählt haben, sei doch nicht ganz so harmlos.

Staatssekretär Kräfte: Erwiedert dem Vorredner, der Abg. Strunne habe ihm, dem Staatssekretär, nachgesagt, er hätte das Material in der Zeitung nicht öffentlich zusammengetragen. Das könne er sich nicht gefallen lassen. Im übrigen habe er seinem Bedauern Ausdruck gegeben.

Abg. Gothein kommt nochmals auf die Sache zurück, worauf die Diskussion geschlossen wird. Die Fernspreckgebühren-Ordnung geht an die Budgetkommission. Der Staatssekretär-Kräfte wird genehmigt und eine Resolution Abg. angenommen betr. Denkschrift über die Verhältnisse der mittleren und höheren Beamten. Die Resolution wegen der Konditionenliste wird zurückgestellt. Bei einem weiteren Titel erörtert.
Abg. Erzberger wieder die Arbeitszeit der mittleren Beamten bei dem Zentralbureau.
Staatssekretär Kräfte: Erwiedert, man könne nicht verlangen, daß die Beamten geistige Arbeit 8 Stunden hinter einander leisten.
Weiter entfällt eine Debatte über den Antrag Voelgelberg, vier von der Kommission getridene Oberinspektorenstellen und 7 Postdirektorstellen wieder herzustellen. Die Abstimmung über den Antrag, der vom Abg. Erzberger bekämpft wird, wird ausgefällt.
Montag 2 Uhr Weiterberatung, Außerdem Wein-geseh. Schluß 7 1/2 Uhr.

Deutschtum und Slaventum.

Wir erhalten folgenden Aufruf zur Veröffentlichung:
„Die Gewalttaten der Slaven und Weischen gegen alles, was in Oesterreich deutsch ist, sind allgemein bekannt geworden.
Wehr! als je gilt die Wahrheit der Worte Bismarcks:
„Je stärker der Einfluß der Deutschen in Oesterreich sein wird, desto sicherer werden die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Oesterreich sein.“ (1895).

„Der deutsch-österreichische Flod ist schwer anzugreifen.“ (1892).
„Die Deutschen im Auslande sollen stets wissen, daß 50 Millionen Deutsche bereit stehen, deutsche Interessen und deutsche Ehre zu verteidigen.“ (1892).

„Jetzt ist es Zeit, den slavenbedrohten Vorkosten unseres Deutschtums stärker Rückhalt zu gewähren als bisher. Solche tatkräftige Hilfe ist zugleich der wirksame Einprägung gegen die Verenglichungen. Tschechen und Polen hätten schon längst Tausende hierfür aufgebracht und die ganze Welt mit Entrüstungsdreien erfüllt!“

Der schmähliche Unbath, mit dem die hochherzigen Gaben der Deutschen von der italienischen Bevölkerung fast totgeschwiegen worden sind, ist der Fingerzeig dafür, wohin die freigelegte Hand der Deutschen sich künftig richten sollte. Möge die hochherzige Bestimmung, die der fremden und niedrigen Kultur so reichlich gedachte, sich der Bedrohung der höheren Kultur und der

Volkssnot der Stammesgenossen in gleichem Maße zuwenden.
Jeder gebe nach seinen Kräften! Sammelfest sind die Zweigstellen der Badischen Bank, der Rheinischen Kreditbank, des Bankhaus S. Müller und die Vereinsbank.“

Wir sind keine Freunde von nationalem Chauvinismus. Wir werden uns deshalb auch nie zu der Ansicht bekennen, daß die Deutschen ein sogenanntes Herrenvolk seien, vom Schicksal dazu bestimmt, andern Völkern den Fuß in den Nacken zu setzen. Davor bewahrt uns der christliche Gedanke, der uns lehrt, daß alle Völker berufen sind zur Teilnahme an den Gütern der Wahrheit und Kultur. Wir bedachten deshalb kein Volk; ebenjovonig billigen wir einen Kampf gegen ein nichtdeutsches Volk bloß deshalb, weil es nicht deutsch ist. Dagegen muß der Kampf allem Schlechten und Widerwertigem gelten bei uns und andern; er darf und muß auch gelten dem eigenen guten Recht. Der slavische Chauvinismus, wie er sich in den jüngsten Tagen in Böhmen, besonders in Prag, gezeigt hat ist schlecht; ein Zeichen einer gewissen Minderwertigkeit. Deutsches Recht wurde dabei verletzt. Das Deutschtum darf sich und muß sich dagegen wehren; es darf sich nicht unterdrücken lassen. Die Abwehr geschieht am besten durch innere Stärkung des Deutschtums im Auslande. Diese Aufgabe hat sich der deutsche Schulverein für Erhaltung des Deutschtums im Auslande gestellt, wobei er religiös auf neutralem Boden steht, d. h. ebenjovonig protestantische wie katholische Schulen unterstützt. Billeicht wäre es gut gewesen, wenn dies im obigen Aufruf deutlich angegeben worden wäre; denn jedermann will auch wissen, wozu er einen Beitrag leistet.

Im dem hier angegebenen Sinn unterstützen auch wir diesen Aufruf und empfehlen ihn unseren Lesern wärmstens.
Der „Donaubote“ schreibt aus diesem Anlaß treffend:
„Schon oft haben wir gedacht: die Deutschen sind doch ein lendenlahmes, unpatriotisches Volk! Nun durch den Staat bringen sie etwas fertig gegen fremde Nationalitäten! Wenn aber ein Pole oder ein Tscheche kommt, und bietet ihnen mehr Geld, als ein Deutscher, so verkaufen sie ihre Güter ohne Umschauen an die Vertreter des nichtdeutschen Volkes,

auch wenn bekannt ist, daß die Polen und Tschechen absichtlich gegen das Deutsche vordringen.

Statt jeder Landbank zu gründen, selber zusammenzusetzen, selber politische oder wirtschaftliche Güter aufzukaufen, selber sie nach dem Staate, der die Polen und Tschechen nicht anders behandeln darf, wie die Deutschen und Tschechen ungerechte Geiseln.

Bon energischer, einwandfreier Selbsthilfe aber keine Spur!

Von der vielgerühmten Lafrat der Deutschen und ihrer angeblichen Unüberwindlichkeit keine Ahnung!

So kommen neuerlich wieder Klagen, daß tschechische Landbanken deutsche Güter in Nieder-Oesterreich aufzukaufen, um dieses deutsche Erbzogtum allmählich zu tschechisieren und selbst Wien zu erobern, womit allerdings die Stellung der Deutschen in Oesterreich ins Herz getroffen wäre.

Wir fragen: wo sind denn die deutschen Landesbanken, die die Klagen und den Vorstoß organisieren, im friedlichen Wettbewerb? Warum dieselbe deutsche Kettelei! Genau so wie in Preußen!

Wenn die Deutschen so fort machen, so verdienen sie ihren Untergang dem slavischen Anturum gegenüber reichlich. Ein Volk muß sich selbst behaupten können — aber nicht durch ungerechte Geiseln!

Deutschland.

Verlin, 8. März 1909.

Geheime Subventionen. Im Postetat findet sich im Kap. 85 Tit. 83 die Summe von über 26 Millionen Mark, welche an fremde Postanstalten, an Schiffsgesellschaften und an Telegraphenunternehmen bezahlt werden. Abg. Erzberger machte in der Budgetkommission darauf aufmerksam, daß unter dieser hohen Summe auch geheime Subventionen lauten; er führte einige drastische Beispiele hierfür an.

Jetzt publiziert die deutsch-judamerikanische Telegraphengesellschaft ihren ersten Jahresbericht, der dem Abg. Erzberger trotz des Widerspruchs der Postverwaltung in allen Teilen recht gibt. Die Mittel zu all den Kapitalerhöhungen dieser Gesellschaft sollen durch zinsfreie Kapitalerhöhungen und Obligationen ausgabe (für die erste Strecke werden neben den 4 Mill. Mark Grundkapital 7,8 Mill. M. Obligationen gegeben, von denen bis jetzt 1,7 Mill. M. in der Bilanz erscheinen) aufgebracht werden.

Im ganzen ist eine Kapitalerhöhung von 27 Mill. Mark in Aussicht genommen. Zu der Obligationen ausgabe von 7,8 Mill. Mark wird im Bericht bemerkt: Die Verzinsung und Tilgung der oben erwähnten Obligationen ausgabe von 7.800.000 M. ist durch ein zwischen dem Reichspostamt und uns unterm 24. Dezember 1908/15. Januar 1909 abgeschlossenes Abkommen sicher gestellt. Danach zahlt das Reichspostamt von der Subvention des Deutschen Reiches die nach dem Tilgungsplan zur Verzinsung und Tilgung alljährlich erforderlichen Beträge an einen Treuhänder. Das Amt eines solchen ist von der Seehandlung in Berlin übernommen worden.

Die deutsche Regierung hat es sich durch Vertrag vom 2./14. August 1908 auf die Dauer von 40 Jahren zur Zahlung von Subventionen für die einzelnen Teilstrecken verpflichtet. Dagegen werden während der Dauer der Subventionzeit 75 Prozent der Gebühreneinnahmen der Gesellschaft auf die Subvention verrechnet. Diese Mittelungen sind hochinteressant, denn die Last der geheimen Subventionen liegt nicht nur vor aller Welt fest. Aber noch mehr: wie konnte das Reichspostamt überhaupt einen solchen Vertrag abschließen ohne die Zustimmung des Reichskanzlers? Das ist ganz und gar unzulässig und steht mit dem Budgetrecht des Reichstages im schärfsten Widerspruch. Man wird jetzt auch verstehen, woher es kommt, daß die Reichspost sich so schlecht rentiert und so wenig Heberische abwirft. Diese Angelegenheit muß noch den Reichstag beschäftigen.

Ein liberaler Kultusminister als Gegenleistung. Zur Lage der Dinge im Kultusministerium hört der „Reichspost“, daß man nicht auf eine dauernde Rückkehr des Herrn Dr. Halle rechnet. Als seine Nachfolger sollen vor einiger Zeit die Herren Professoren Dr. Garnaß und Direktor Schwarzblaus in Betracht gekommen sein; das sei aber eine überwindliche Phase und beide Herren können nicht mehr in Betracht, sondern man habe andere Personen ins Auge gefaßt, so den Oberpräsidenten v. Jagow. Wir wissen aus bester Quelle, daß die Entscheidung über die Nachfolgerwahl Holles erst dann fällt, wenn die Steuerreform gesichert ist. Fürst Bülow hat dem Freisinn einen liberalen Kultusminister zugezagt.

Kirchliche Nachrichten.

Speyer, 6. März. Die „Pfälzer Zig.“ schreibt: Die mit Spannung erwartete Ernennung eines neuen Domkapitulars ist nunmehr vollzogen worden. Wie wir hören, wurde die Stelle dem Herrn Dejan und Stadtpfarrer Josef Schwinn in Speyer übertragen. Der Neuenannte ist in Speyer nicht unbekannt. Er wurde geboren am 28. November 1851 zu Schifferstadt, zum Reichsgeistl. am 13. August 1876 in Mainz. Am 11. Sept. 1876 erfolgte seine Ernennung zum Kommissar in Speyer und am 11. Sept. 1879, also genau 3 Jahre später, erfolgte die Ernennung zum Kommissar in Speyer, welches Amt Herr Schwinn bis zum 6. Dezember 1907, dem Tage seiner Ernennung zum Pfarrer von St. Martin in Speyer innehatte, bekleidete.

Aus Hohenzollern schreibt man uns: Die originelle Anschauungsmittel für den Religionsunterricht, welche unser Landmann, Pfarrer J. Voll in Hantenbach, entworfen hat, setzen diesen Siegeszug durch ganz Deutschland fort. Eines derselben, die bildliche Darstellung des hl. Mesopfers in Form einer goldenen Krone auf rotseidenem Hintergrunde, eignet sich vorzüglich als Primiz, Konfirmation, usw. Andenken. Dieses Kunstblatt ist in den letzten Tagen bei Gelegenheit der Anwesenheit eines Pfarrers unserer Erzdiözese erstmals auf der Messe mit einer Erinnerungsbildung in roter Farbe versehen worden. Wenn bei einer Neuaufgabe auf der Vorderseite Blau gelassen würde, so daß die Widmung in entsprechender Farbe, gewissermaßen als Unterschrift, angebracht werden könnte, so würde sich dann namentlich auch als Wandbild noch wesentlich besser eignen.

Kleines Feuilleton.

Aus Paris wird berichtet, daß Wilbur Wright während seines achtmönatigen Aufenthaltes in Rom einen Flugversuch vom Vatikanquartier aus unternommen wird, da der Papst den Wunsch ausgesprochen hat, Wilbur Wright einmal fliegen zu sehen.

wenn er die Reichsfinanzreform mitmacht und daraufhin erst fand sich eine Mehrheit unter den Linksliberalen. Die Offizien werden zwar diese Mitteilung zu bestreiten suchen; aber unsere Informationen sind zutreffend und wir halten sie trotz aller Dementis aufrecht. Die Konserwativen werden freilich von diesem Kaufhandel nicht sehr erbaut sein. So wird uns aus Berlin geschrieben.

Der Etat es offiziativen Detachements, der bekanntlich am 1. April 1909 von der Verwaltung der kaiserlichen Marine übernommen und der Kaufschon-Belastung angegliedert werden soll, wird eine sehr wesentliche Einschränkung erfahren. Die Stärke des Detachements wird von 750 auf 150 Köpfe reduziert werden. Es bedeutet dies eine Ersparnis von rund 1 1/2 Mill. M. Diese Verminderung entspricht dem steten Drängen des Zentrums; für 150 Köpfe aber sind 13,4 Mill. M. noch zu viel, denn da kommt ja ein Mann auf über 10.000 M. im Jahre zu stehen.

„Nationalistische Ausdehnung in der Sozialdemokratie“. Der Geschäftsbericht der vier Dresdener Arbeiterkonsumvereine stellt fest, daß in diesen sozialdemokratischen Unternehmungen 1908 bei einem Gesamtumsatz von rund 14 Millionen Mark ein Nettogewinn von über einundhalb Mill. M. erzielt worden ist. Dabei hat die Ausgabe für Löhne und Gehälter der in diesen vier Konsumvereinen angestellten 781 Personen zusammen 751.342 M. betragen. Das macht auf den Kopf noch nicht 1000 Mark im Durchschnitt. Das ist wenig im Verhältnis zu den etwa 17 Prozent Gewinn. Man wird zwar sozialdemokratische sagen, die Konsumvereine seien nicht sozialdemokratisch; das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Arbeiterkonsumvereine mit der Sozialdemokratie eng verbunden sind. Und wenn man diese Konsumvereine säkular, dann schreit auch die Sozialdemokratie. Und die babilische Sozialdemokratie hat bei Schaffung des Vermögenssteuergesetzes energisch verlangt, daß die Konsumvereine frei bleiben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die innerpolitische Lage in Ungarn beginnt sich zu klären. Der energische Appell Kossuths hat ein Zurückdrängen der sogenannten Selbständigen zur Folge gehabt.

Italien.

Gegen den Dreibund. In einer am Freitag abgehaltenen Wählerversammlung besprach der Deputierte Barzilai die innere und äußere politische Lage und erklärte zum Schluß, der Dreibund sei überflüssig, da Italien nichts habe, was fremden Heiden erwidern könne. — Von Rom nachstehender Seite wird berichtet, daß Tittoni ganz bestimmt sein Parteisein niedrigeren werde.

Balkanstaaten.

Montenegro bulgarischer Seminaristen gegen die Kirchenbehörde. „Echo de Paris“ berichtet aus Konstantinopel: 150 bulgarische Seminaristen meuterten gegen die bulgarischen Kirchenbehörden und verweigerten sich im Seminar von Ghidji, wo sie die bulgarische Sprache aufzupflanzen. Eine Kavalleriepatrouille zerstreute die zahlreich bulgarische Volksmenge, welche sich nach dem Kloster begab.

Serbische Minister als Spekulanten. Einen interessanten Beitrag zu den so überaus vielen Nachrichten vom Nachgeben Serbiens und der hierdurch bedingten scheinbaren Besserung der Lage liefert die Tatsache, daß in den jüngsten Tagen serbische Minister an der Wiener Börse ihr Glück versucht haben; zweifellos mit Erfolg, da sie für ihren eigenen Ministerialbescheid in Hausse spekulierten. Eine feine Nation!

Eine Verhöhnung gegen König Georg von Griechenland? Einem Londoner Telegramm zufolge soll in Athen eine Verhöhnung gegen König Georg von Griechenland entworfen worden sein, die die Enthronung des Königs und den Ausschluß des Kronprinzen von der Thronfolge zum Ziele habe. Der älteste Sohn des Kronprinzen, Prinz Georg, soll zum König ausgerufen werden, und bis zu dessen Volljährigkeit seine Mutter, die Kronprinzessin Sophie, die Vormundschaft übernehmen. Die Verhöhnung ist angeblich besonnen, jedoch soll gerichtliche gegen sie nicht eingeschritten werden können, da ihr Plan nicht zur Ausführung gelangte.

Frankreich.

König Eduard, der derzeit in Paris weilt und am Samstag einem ihm zu Ehren vom Präsidenten Fallières gegebenen Diner beipointe und die Besuche des Präsidenten und des Ministers Bichon empfing, wird nach einer Meldung des „Matin“ in Neapel auf seiner Mittelmeerreise Palermo und Neapel anlaufen und dort von dem italienischen Königspaar begrüßt werden.

Russland.

Der „Badische Beobachter“ und die russische Zensur. Ein Leser unseres Blattes in Russland schreibt uns: Für uns Deutsche in Russland ist es wieder zum Unfinn geworden, auf ausländische Zeitungen zu abonnieren. Abgegeben von der unregelmäßigen Zustellung und Verschleppung so mancher Nummer erwünschter Zeitungen, fängt auch der Anfinn des Zuschümers wieder an. In Nr. 37. 1. Blatt des „Bad. Beob.“ vom 16. Februar 1909 (Dienstag) ist in der Rubrik „Ausland“ wieder Bescheid verhandelt worden: der Abg. „Amnestie“ ist qualifiziert bis zur Ueberdritt „England“.

Die Schlachtfriede abgelehnt. Die Budgetkommission der Duma hat neuerlich die Schlachtfriede als Mittel zur Durchführung der Reform des Marineministeriums abgelehnt, obwohl der Marineminister erklärt hatte, daß unter Vorsitz Stolypins eine eigene Kommission beauftragt werden solle, die einen grundlegenden Reform des Marineministeriums einleitet werden soll.

Asien.

Revolution in Persien. Bei Tebriz finden täglich größere Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Truppen des Schahs statt. Am Freitag besetzten die Anhänger des Schahs die Vorstädte, worauf sie von den Revolutionären vertrieben wurden. Die Revolutionäre machten viele Gefangene und erbeuteten ein Geschütz. Die Truppen des Schahs wurden mehrere Meilen weit zurückgeworfen, haben aber die Einschließung der Stadt, in der empfindlicher Nahrungsmangel herrscht, aufrecht.

Die Lage auf dem Balkan.

Die „Reichspost“ schreibt: „Jede weiterführende Stunde bekräftigt die Auffassung, daß der angelegliche Bericht der serbischen Beteuerungen friedlich beabsichtigten Absichten nur ein Mandat darstellt, das eine Planbewegung verdeutlichen will, die Russland gemeinsam mit Serbien durchführen soll. Die Truppenbewegungen in deutlicher Richtung gegen die Grenzen der Monarchie, dauern jenseits der Donau-Sabellinie ununterbrochen fort, die Einstellung der gesamten Getreideausfuhr, durch Ministerialbeschlüsse nach dessen feierlichen Friedensbeteuerungen gegenüber den Mächten erfolgt, ist eine Kriegsmaßregel ersten Ranges, in der Belgrad Presse, trotz ein wahrer Profetenlärm gegen Oesterreich-Ungarn weiter. Da die sorgfältige Zurückhaltung einer bestimmten Erklärung, die angeblich erst in Petersburg redigiert werden soll, wozu dies alles, wenn man nichts anderes als einen realistischen Bericht beabsichtigt, der sofort alle Schwierigkeiten beseitigen lassen müßte? Wozu diese feindlichen Maßnahmen und Winkelzüge, wenn man ohnehin nur eine Handlung zu vollziehen beabsichtigt, zu der ganz Europa applaudieren würde? Serbien könnte auf sehr kurzen Wege zu dem friedlichen und fruchtbareren Einvernehmen mit der Monarchie gelangen, wenn es wollte.“

Sehr bezeichnend ist es, daß am Samstag in Belgrad eine amtliche Mitteilung erlassen wurde, in der es h. a. heißt: „Die serbische Regierung hat beschlossen, innerhalb der Grenzen, die ihr die Mächte gegenüber den serbischen nationalen Interessen gestattet, diesen freundschaftlichen Maßnahmen zu entsprechen, denen sich nachträglich Frankreich, England und Italien, und zwar jedes für sich und auf eigene Verantwortung, angeschlossen haben, wodurch sie einen neuen Beweis ihrer Friedensliebe und ihres aufrichtigen Wunsches geben, in voller Harmonie mit den Anschauungen und Beteuerungen der Mächte zu stehen. Die serbische Regierung, die nicht einmal daran denken kann, den serbischen Aspirationen in irgend einem Sinn zu entsagen, bekräftigt neuerlich, daß in ihren Augen die böhmisch-herzegowinische Frage europäischen Charakters ist. Sie vertritt kategorisch, daß sie kein Recht hat, die böhmisch-herzegowinische Frage europäischer Charakter zu verfolgen, welche die Großmächte im Verlauf der weiteren Entwicklung dieser Fragen ergreifen werden, sowie daß es jede Verantwortung zu steifigen während der Dauer dieser schweren Krisis vermeiden wird.“

Die serbische Regierung hat aber diese Mitteilung wieder zurückgezogen, nachdem die russische Antwort auf die serbische Note in Belgrad eingetroffen war. Man sieht daraus, daß eigentlich Russland es ist, das in Serbien den Ton angibt. Es soll nun in Belgrad eine neue amtliche Mitteilung zusammen mit der russischen Antwort veröffentlicht werden.

Dem Wiener Auswärtigen Amte ist noch immer keine amtliche Kluggebung der Antwort Serbiens auf die Intervention der Mächte zugekommen; ebenso wenig ist der tatsächliche Inhalt der von der serbischen Regierung nach Petersburg gesandten Note bekannt. Es besteht demnach noch kein fester Anhaltspunkt zu einer günstigeren Auffassung der Lage. In serbischen Abwehmenkreisen wird auch kein Hehl daraus gemacht, daß man in Belgrad an einen derartigen Bericht ernstlich gar nicht denke und nicht denken dürfe; eine Regierung, die sich diese hergäbe, würde sich dem Landesverrat schuldig machen und ihre persönliche Sicherheit gefährden.

Der serbische Minister des Auswärtigen, Milowanowitsch, hat dem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ für ihn über den Inhalt der serbischen Antwortnote befragt, erklärte, er bedauere, auch heute noch nichts genaues über den Inhalt der Note sagen zu können, noch weniger aber über direkte Verhandlungen zwischen Serbien und Oesterreich, welche momentan zwischenfalls in Aussicht seien.

Das „Mali-Journal“ in Belgrad veröffentlicht eine Unterredung, die sein Redakteur mit den Ministern Paskich und Mikaratsch hatte. Beide Minister erklärten, die Meldung, daß Serbien auf alle Kompensationen und Forderungen verzichte, als eine ordinäre Lüge, die in durchschlagender Weise laniert worden sei. Serbien habe mit Oesterreich-Ungarn überhaupt nichts zu verhandeln, sondern verlange, daß Europa über den Konflikt sein Urteil fälle. In der Antwort sei ein Bericht auf die serbischen Forderungen mit keinem Worte erwähnt.

Aus Belgrad wird vom 6. d. M. gemeldet: Hier herrscht lebhafteste Aufregung. Die Stellung des Ministeriums ist bereits erschüttert. Vieles nimmt man Stellung gegen die Haltung des Königs. Der Kronprinz verhält sich in den letzten Tagen sehr reserviert. Der „Politika“ zufolge soll der Finanz-Ausschuß der Stupschina einen außerordentlichen Kredit von 35 Millionen für Rüstungen und eine Vermehrung des Kriegs-Budgets um 15 Millionen empfohlen haben. Diese Summe soll durch Erhöhung der Steuern um ein halbes Prozent aufgebracht werden.

Der Kriegsminister hat erklärt, Serbien denke nicht daran, abzurufen und werde es auch nicht tun, wenn ganz Europa diese Forderung stellen sollte, denn die serbischen Rüstungen hätten nur einen defensiven Charakter. Am Samstag fanden in zahlreichen Städten Serbiens Meetings statt, bei welchen gegen jeden Rückzug der serbischen Forderungen energisch protestiert wurde. An den Versammlungen, die einen kriegerischen Charakter trugen, beteiligte sich auch das Militär.

Der „Slovenit“ in Laibach berichtet über den letzten serbischen Ministerat und teilt mit, daß die Minister Bjelopje, Milovanovic und Mikarac für den Krieg waren. Der Ministerpräsident habe beantragt, auf die russische Note eine ausweichende Antwort zu geben. Finanzminister Protic sagte, er könne für einen dreimonatigen Krieg die Mittel aufbringen. König Peter habe sich für den Frieden ausgesprochen, doch hinzugefügt, daß er, falls es doch zum Kriege kommen sollte, sich mit seinen beiden Söhnen und seinem Bruder an die Spitze der Armee stellen werde, sollte auch das Geschlecht der Karageorgewitsch zugrundegehen. Schließlich wurde beschlossen, an dem Standpunkte der bekannten Stupschinarentsion festzuhalten, also die Forderung nach territorialen Kompensationen und der Autonomie von Bosnien und der Herzegowina nicht fallen zu lassen.

Der Oesterreichische Botschafter in Petersburg erklärte in einer Unterredung mit dem Korrespondenten des „Matin“: Da Serbien die Erklärung abgegeben hat, keinerlei Forderungen aufzustellen und

es den Mächten zu überlassen, den serbischen Wünschen entgegenzukommen, bleibt nur noch ein geringer Unterschied zwischen der serbischen und der österreichischen Auffassung. Desgleichen kann kein Oesterreich-Projekt auf österreichischem Gebiete von einer Macht Oesterreich aufgegeben werden. Es wird daher nichts anderes übrig bleiben, als auf direkte Verhandlungen zwischen Oesterreich und Serbien zurückzugreifen.

Offiziell wird bekannt gegeben, daß der österreichische Gesandte in Belgrad auf Freitag erhalten hat, der serbischen Regierung mitzuteilen, daß die österreichische Regierung wegen der Haltung Serbiens in den letzten Monaten nicht in der Lage sei, den Gangelvertrag mit Serbien der parlamentarischen Friedebewegung zuzuführen. Um aber einen Beweis seiner Friedensliebe zu geben, sei Oesterreich bereit, falls Serbien dem Räte der Mächte zustimmte, seine Politik hinsichtlich der Annerkennung Serbiens und in Wien offiziell zur Kenntnis bringen, mit Oesterreich friedliche und freundschaftliche Beziehungen unterhalten zu wollen, über die Handels- und Verkehrsfragen mit Serbien in Unterhandlungen zu treten.

Die Wiener Presse bezeichnet den Schritt Aehrenthals in Belgrad als ein loyales Gegenkommen des Stärkeren. An Serbien liege es nunmehr, sein bisheriges Doppelspiel aufzugeben und klar und klar zu erklären, ob es Krieg will oder nicht, ob bei Belgrad die Forderung für den eigenen Staatsvorteil oder ein unheilbarer Größenwahn überwiege.

Die „Köln. Zeitung“ erhält aus Berlin ein Telegramm, worin es heißt: Die Mitteilung des Grafen Jorgatsch in Belgrad sei nach der hiesigen Einschätzung durchaus geeignet, einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu bilden, wenn es Serbien mit dem Wunsch, regelmäßige Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und dem Verzicht seiner Forderungen betreffs Bosniens ernst sei. Graf Jorgatsch habe seinen Vorschlag in freundschaftlicher Form gemacht, nicht etwa in der Form eines Ultimatus, sondern eines gutgemeinten Anerbietens. Serbien kann daher auf den Vorschlag eingehen.

Die italienische Regierung schließt sich hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Verhandlungen, die den Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien besiegeln sollen, ganz dem Standpunkte des deutschen Reichskanzlers, also indirekt auch Oesterreichs an.

Baden.

Karlsruhe, 8. März 1909.

Eine königliche Hohheit der Großherzog haben sich gnädig bewogen gefunden, dem Weiblichen Hofrat Dr. Theodor Bödiker in Karlsruhe das Ministerium des öffentlichen Ordens zu übertragen.

Eine königliche Hohheit der Großherzog haben sich gnädig bewogen gefunden, dem Weiblichen Hofrat Dr. Theodor Bödiker in Karlsruhe das Ministerium des öffentlichen Ordens zu übertragen.

Die Entschädigung Großh. Ministeriums des Innern wurde dem Frachter Dr. Otto Kallenberg in Karlsruhe die einstweilige Amtsstelle eines Generaldirektors an der Gewerkschaft in Karlsruhe übertragen und der Bezirksamtsleiter Dr. Karl Henemann in Gengenbach seinem Ansuchen entsprechend von der Bezirksamtsleiterstelle für den Amtsbezirk Offenburg auf 1. Mai d. J. entlassen und aus dem staatlichen Dienste entlassen worden.

Die Entschädigung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen wurde dem Betriebsassistenten Friedrich Krautheimer in Altenbach nach Kommissar und Karl Baumgartner in Freiburg nach Heroldsheim verliehen.

Durch Entlassung der Großh. Steuerdirektion wurde Steuerkommissar Johann Müller in Wehl zum stellvertretenden Leiter der Steuerkontrolle ernannt, Finanzassistent Joseph Heller zum stellvertretenden Leiter der Steuerkontrolle ernannt, Finanzassistent Auerbach zum stellvertretenden Leiter der Steuerkontrolle ernannt, Finanzassistent Müller zum stellvertretenden Leiter der Steuerkontrolle ernannt, Finanzassistent Müller zum stellvertretenden Leiter der Steuerkontrolle ernannt.

Ueber die Samstags-Sitzung des Eisenbahnrats

wird und berichtet: Eisenbahnminister v. Marzshall legte die Finanzlage der badischen Bahnen dar, die noch nie so schlecht war als gegenwärtig. Der Meinertrag des Jahres 1908 beläuft sich nur auf 13 Millionen gegen 28 Millionen des Vorjahres und ist der niedrigste, der je erzielt worden ist. Als Abhilfe empfahl sich, da an dem persönlichen Aufwande nicht gespart werden kann, die Verminderung der Zugleistungen durch Aufhebung einiger beschleunigter Personenzüge, in denen die 3. Klasse zu dem Satz von 2 Pf. bemittelt werden kann. Die Mitglieder des Eisenbahnrats schloffen sich im wesentlichen den Ausführungen des Ministers an, gaben aber der Meinung Ausdruck, daß die Eisenbahnverwaltung vor Durchführung ihrer Maßnahmen den Landtag befragen soll. Der Minister sagte zu, die Anragung im Staatsministerium zur Erörterung zu bringen.

So etwas muß man den Nationalliberalen sagen!

Vor einiger Zeit schrieb der nationalliberale „Bauländer Vot“, wenn der konservative Kandidat Hermann in Adelsheim mit Zentrumssitze gewählt werde, dann müsse Hermann nachher ins katholische Pfarrhaus gehen und sich bei Hochwürden besonnen, daß die sonst gut katholischen Wähler, einen Protestanten gewählt hätten. Der Artikel diente lediglich der konfessionellen Verberbung angestrichen des nationalliberalen Kandidaten. Es ist nun charakteristisch für die Stimmung im konservativen Lager, daß die „Deutsche Reichspost“ in Nr. 54 dazu von einem kirchlich-liberalen Pfarrer folgende Ausführungen bringen kann:

Der betreffende Satz des „Baul. Vot.“ beweist mit von neuem, was von vielen schon längst empfunden wird, daß der alte, wohlthätige Nationalliberalismus, soziet er überhaupt religiös interessiert ist, das heißt eine innerliche Stellung zur Religion einnimmt, sich lediglich im Kampf gegen das Zentrum, das heißt gegen die von ihm vertretene Auffassung der Religion, verkehrt und erschöpft, während er im übrigen ein direktes Verständnis, das heißt eine wirksame und politische Stellung, und Anteilnahme an der religiösen Volksbildung durchaus hat vermischen lassen. Hat doch erst in diesen Tagen ein Mann aus dem Vot, als die kirchliche Drohschrift zur Sprache kam, dem Verfall dieser Zeiten gegenüber aus eigener Initiative heraus die Bemerkung gemacht: „Es sei keine Ansicht schon lange, daß die Welt durch ihre kirchenpolitische Stellung selber den Akt abgibt, auf dem sie liegt.“ Wir halten daher mit Bezug auf jenen dem „Bauländer Vot“ geprüferten gedruckten Satz den Gedanken, daß der evangelische kirchliche Pfarrhaus gehen und seiner Götterwürden für

Nichtsterben. — Ferdinand Goerner von Ruckheim, Schneider hier, mit Katharina Pfennigmacher von Rheinbach. — Oskar Bruttel von Tengen, Kleidermacher hier, mit Luise Otwein von Eltzen. — Heinrich Scherer von Heidesheim, Schuhmachermeister alda, mit Karolina Laß von hier. — Wilhelm Martin von Heidesheim, Maurer in Staufen, mit Sofie Grammelbacher von Freiburg.

Geburten: 27. Febr. Anna Maria, Vater Karl Walter, Ruitzer. — Leop. Eduard G., Vater Ad. Leopold Nabe, Reibender. — 28. Febr. Ida Grifa, Vater Thomas Schweiß, Schuhmacher. — Heinrich Martin Karl, Vater Christian Martin Rirdorf, Schiffer. — Frz. Hermann, Vater Karl Winter, Professor. — Robert Ludwig, Vater Hugo Blum, Mechaniker. — 1. März. Anna Johanna, Vater Herm. Leop. Nagel, Ruitzer. — Hermann Philipp, Vater Herm. Singer, Geschloßführer. — 2. März. Elise Grifa, Vater Peter Weigold, Platzmeister. — Maria Magdalena, Vater Martin Schellig, Straßenbahnkassierer. — 3. März.

Hans Richard, Vater Hans Röhlför, Bierbrauer. — Willi Karl, Vater Johannes Labau, Malchinenformer. — Willi Bertold, Vater Otto Köhlich, Ruit. — 4. März. Hermann Karl, Vater Wilhelm Stuy, Schuhmacher. — Margarethe, Vater Friedrich Stüber, Sämler. — 5. März. Kurt Friedrich Wilhelm Ernst, Vater Franz von Andelsdorff-Brentenhoff, Oberleutnant. — Maria, Vater Gerardo Cocozza, Handelsmann.

Todesfälle: 4. März. Karoline Hoff, alt 55 Jahre. Witwe des Bierbrauers Gottlieb Hoff. — 5. März. Jeanette Dreifuß, alt 60 Jahre. Witwe des Privatiers Emanuel Dreifuß. — 6. März. Gottfried Lauer, Schneider, ein Ehe-mann, alt 62 Jahre. — Josef Weinberger, Hafner, ein Ehe-mann, alt 40 Jahre.

Wetterbericht des Zentralb. für Meteorol. und Subrogr. vom 8. März 1909.
Während hoher Druck den Nordosten Europas bedeckt,

zieht sich von den britischen Inseln aus über die westliche Hälfte des Festlandes hinweg bis zum Mittelmeer ein Depressionsgebiet hin, das nach Minima über Schwedenland, Süddeutschland und Oberitalien enthält. Das Wetter ist in Deutschland vielfach trüb; mit Ausnahme des Westens herrscht noch Frost. Meist trübes und etwas rauhes Frostwetter mit Schneefällen ist zu erwarten.

Wasserstand des Rheins am 8. März 1909 früh:
Euphrat 0,55, gefallen 5. Rhei 1,15, gefallen 5. Maran 2,91, gefallen 1. Mannheim 1,61, gefallen 1.

Tageskalender.
Montag, den 8. März.
Kath. Männerverein Konstantia. 7/9 Uhr Gesangsprobe.
Kath. Arbeiterverein. Halb 9 Uhr Unterrichtsstunde.
Gesangsabteilung des Kathol. Männervereins „Badenia“, Mühlburg. Halb 9 Uhr Gesangsprobe in der Westendhalle.

Apollotheater. 8 Uhr Vorstellung.
Kolozeum. 8 Uhr Vorstellung.
Kronentheater. Täglich Künstlerkonzerte.
Friedrichshof. Heute abend spielt die ungarische Künstlerkapelle im Gartenlaai.
Café Kaiser-Restaurant (Ede Kaiser- und Kronenstr.) Täglich abends Künstlerkonzerte.

Großh. Hoftheater.
Montag, 8. März. Abt. C. 44. Abends-Vorstellung.
Der böse Geist Kampai Bogachubas oder das liebliche Klercheil, Zauberposse mit Gesang in 3 Akten von Nestoy. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

C. M. S.
Karlsruhe eocl. St. Vinc. Ier. IV. die 10. Mart.
hora 2 confessio; hora 4 congregatio.

Partie-Waren-Haus

in **Anzug-, Paletots- und Hosen-Stoffen**

zu staunend billigen Preisen.
Verkauf dauert nur kurze Zeit.

Otto Matheis, Karlsruhe, Kaiserstrasse 56.

Bauarbeiten-Vergabung.
Der Abbruch der katholischen Stadtpfarrkirche nebst dem alten Bau-männlichen Wohnhaus in Tauber-bischofsheim soll zur Ausführung in Auftrag vergeben werden.
Angebote hierauf wollen verschlossen und mit Aufschrift „Angebot“ versehen, spätestens bis Dienstag, den 16. März 1. N., vormittags 10 Uhr, bei katholischer Stiftungsrat in Tauber-bischofsheim portofrei eingereicht werden, woselbst unterdessen die Kosten-rechnungen und Bedingungen zur Einsicht der Bewerber aufliegen.
Heidelberg, den 6. März 1909.
Erzbischöfliches Bauamt.
Raiter.

Patentanwaltsbureau Karlsruhe
G. Kleyer, Kriegstr. 77, Tel. 1303.

Düngervergebung.
Der im hiesigen Schlacht- und Vieh-hof anfallende Düng ist vom 13. April d. J. ab auf ein weiteres Jahr zu vergeben.
Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens
Montag, den 22. März, vormittags 11 Uhr, bei unterzeichneter Stelle einzureichen, woselbst auch die näheren Bedingungen zu erfahren sind.
Karlsruhe, den 6. März 1909.
Städt. Schlacht- und Viehhof-Direktion.

Bad. Rote-Lose
Nur Geldgewinne
Ziehung 17. April 1909

3388 Lose ohne Abzug
44000 M.

2 Hauptgewinne
20000 M.

586 Gewinne
14000 M.

2500 Gewinne
10000 M.

Los à 1 M. 11 Lose 10 Mk.
empfehlen Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer, Langestr. 107.
In Karlsruhe: Carl Götz, Habelstrasse 11/13, Lotteriebureau, G.m.b.H., Kaiserstr. 60, H. Seyle, E. Fluge, L. Michel, Chr. Frank, J. Dahringer.

Friedrichsbad
136 Kaiserstrasse 136.

An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein **Wannenbad** für Männer und Frauen

35 Pfennig

Samstags **40 Pfennig.**

Suchen ersehen:
Schulbibel
(Das Alte Testament)
bearbeitet von Heinrich Stegely und Jos. Arug mit Vorkursus von G. Bolter.
VIII u. 208 S. Preis gebd. in Leinwand 75 Hg.

Kauf die mit Gewicht vom 28. 10. v. M. erfolgte Vorlage der in ihrem Bezüge erschienenen Schulbibel (Altes Testament) von Heinrich Stegely und Jos. Arug ersehen wie Ihnen, daß die von dem Buche mit großer Befriedigung Kenntnis genommen haben und den bei der Abfassung seitens der Verleger, wie Sie in dem Vorwort genannt und in der ganzen Arbeit zur wohl gelungenen Durchführung gelangt sind, unter vollen Beifall stellen. Schluß: Ordinarat Augsburg.

Der Wert ist gelassen. Der biblische Text ist für die Schule und die Kinder besser zu geben. Wunderschon sind die biblischen und vortrefflichen Bücher des Alten Testaments in den geschichtlichen Text verbunden. Demkapitular St.

Somit was Sprache, Auswahls des Stoffes, Übersetzung, wie lauliche Korrektheit betrifft, kann die neue Schulbibel eine Reihe von einem Vorwurf genannt werden. Dem Buch würde ich namentlich auch große Verehrung wünschen unter dem Titel.

Jol. Kösel'sche Buchhandlung, Kempten und München.

Handelshochschule Mannheim.
(Gemeinschaftsunternehmen der Stadt und Handelskammer Mannheim, sowie der Universität Heidelberg. Landesherlich bestätigt und der Aufsicht des Großh. Badischen Unterrichtsministeriums unterstellt.)

Das Vorlesungs-Verzeichnis nebst Studien-Nachrichten für das Sommersemester 1909 ist erschienen und kann vom Sekretariat der Handelshochschule Mannheim (III. T. G. 1) bezogen werden.

Der Lehrplan umfaßt: Volkswirtschaftslehre, Rechtslehre, Versicherungslehre, Geographie und Warenkunde, Technologie, Theorie und Praxis der Handelsrechnung, Methodik des kaufmännischen Unterrichts, allgemeine Betriebswissenschaften.

Die Vorlesungen und Praktika beginnen am 26. April. Anmeldungen werden vom 5. April ab vom Sekretariat der Hochschule und von der Kanzlei der Heidelberger Universität entgegen-genommen. Anfragen wolle man richten an den Studiendirektor der Handelshochschule Mannheim — Kaufhaus.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe,
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die verehrlichen Mitglieder werden zu der am
Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr,
im großen Saale der Gesellschaft stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung
ergeben eingeladen.

Der Eintritt ist nur den Mitgliedern des Vereins gegen Vorzeigung der in ihrem Besitze befindlichen 1909 er blauen Legitimationskarte gestattet. Für die selbständigen Hausfrauen ist die Galerie vorbehalten.

Die Rechnungsnachweisungen nebst Bilanz für 1908 liegen in den Geschäftslokalen des Vereins, Jägerstraße 45 und 47, sowie in den Vereins-läden auf und können datselbst in Empfang genommen werden.
Karlsruhe, den 27. Februar 1909.

Der Aufsichtsrat des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe.
A. Kirisch, Vorsitzender.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Ableben unserer nun in Gott ruhenden Tante,
Fräulein Friederike Roederer,
die schönen Kranzspenden und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte sprechen unseren Dank aus.

Karlsruhe, Paris, 8. März 1909.
Monsieur et Madame
Frédéric Gustav Gautier.

J. A. Krebs
Bankgeschäft
Freiburg i. Br.
am Münsterplatz.

An- und Verkauf von Wertpapieren
Einführung von Kupons unter gleichzeitiger Kontrolle der Verlosungen.
Einzug von Treffern.
Beleihung von Wertpapieren.
Versicherung von Wertpapieren gegen Auslosungsverlust.
Gewissenhafte Raterteilung und Besorgung fachmännischer Auskünfte.
Kulanteste Ausführung von Börsenordres an allen deutschen und ausländischen Börsen.
Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren Stahlkammer mit Safeseinrichtung.

Flor Gastona, Hochfeine Sumatra-Havana, Handarbeit.
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 215.
Cigarrenhaus **E. P. Hieke, Hoff.**

Christ. Oertel, Karlsruhe,
Kaiserstr. 101/103,
Manufakturwaren-, Betten- und Ausstattungs-Geschäft.

Großes Lager fertiger Betten, Bettstellen, Bettfedern, Flaum, Rosshaar, Steppdecken, Wolldecken, Piquedecken, Baumwoll- und Leinenwaren u. s. w.

: Uebernahme : : ganzer Ausstattungen.

Ständige Ausstellung von Schlafzimmer-Einrichtungen in allen Stilarten.
Billige Preise. .. Reelle Bedienung.
Kostenvoranschläge und Muster stets gerne zu Diensten.

Handschuhe
Schirme,
Gürtel,
Krawatten,
Kleiderknöpfe

Lederhandlung Mühlburg.
Großes Lager in Zoffleder und Zohlenauschnitt, sowie Schuhmacher-Verbrauchartikel.
Eduard Frisch, Rheinstr. 34 b.

Wilhelm Geiger, Heidelberg
Grossherz. Badischer Hoflieferant
Weingrosshandlung Weinbergbesitzer
Vereidigter Messweinlieferant

empfehlen seine selbstgekelternen gutgeputzten Weine in Flaschen und Gebinden.

Proben und Preislisten gerne zu Diensten.

Kopfbürsten,
Kleiderbürsten,
Hutbürsten,
Zahn- u. Nagelbürsten,
Frisierkämme,
Toiletterollen,
Toiletteartikel

empfehlen in grosser Auswahl
Luise Wolf Wwe.,
4 Karl-Friedrichstrasse 4.
Niederlage sämtlicher Fabrikate von **F. Wolf & Sohn.**

Ehe man Möbel

Kauf, beschaffe man un er aus reichhaltigste ausgestattete Lager in **Wohnungseinrichtungen** sowie einzelner Möbel in nur solcher Ausführung und sehr billigen Preisen.

Gebr. Klein,
Durlacherstrasse 97/99.

Färberei D. Lasch.
Tadellose Bedienung und billige Preise.
Rabattmarken.

Eine nenerbaute **Wirtschaft mit Speisehandlung** ist zu verkaufen. Eignet sich für Metzger oder Bäcker.
Angebote unter Nr. 337 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Brave Jünglinge
im Alter von 16-30 Jahren, welche Wert zum Bräutigam in sich fühlen und sich der Gesellschafts-Kongregation anschließen wollen, wenden sich vertrauensvoll an den Hochw. Direktor des Deutschen Don Bosco-Institutes St. Bonifazius in Bergamo Konferrato (Stalio).

Wolfschlucht
Schützenstrasse 10.
Jeden Dienstag
Schlachttag
Ludwig Müller.